

Jahresbericht/ Handlungsschwerpunkte 2017/2018 des SPD OV Grenzach-Wyhlen

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir, das Vorstandsteam, Marianne und Robert als Co-Vorsitzende blicken kurz zurück auf die im letzten Jahr erreichten Ziele, werden aber dann unseren Blick auf die anstehenden Aufgaben, Themen und Herausforderungen richten.

In den ersten Jahren unserer Arbeit hat die SPD Grenzach-Wyhlen ihre erfolgreiche Gemeinderatsarbeit weitergeführt.

So wurden die Umgehungsstrassen Grenzach und Wyhlen in Angriff genommen. Wenn auch in Grenzach nur die Bahnumfahrung zur Zeit realisiert werden kann, so entfällt in Zukunft doch ein erheblicher Engpass mit langen Wartezeiten vor den geschlossenen Schranken. In Wyhlen kommt der Baubeginn, wenn auch langsam und harzig in die Gänge, eine Entlastung der Bundesstrassenanwohner ist in Bälde Realität.

Die beiden Tempo 30 Zonen in Grenzach und in Wyhlen sind inzwischen ebenfalls eingerichtet und die Verkehrsteilnehmer haben sich an die ruhigere Gangart gewöhnt.

Eine deutlichere Kennzeichnung der Beginn- und Endpunkte würde vielen Verkehrsteilnehmern helfen.

Die Entwicklung der beiden Ortsmitten bewegt sich im Hammelsprungverfahren vorwärts: „2 vor, einer zurück“ mit ausgeprägten Ruhephasen. Hier ist mehr Transparenz über die aktuellen Planungsschritte wünschenswert.

Sozialer Wohnungsbau scheint in die Gänge zu kommen, zumindest sind konkrete Schritte in Angriff genommen. Wir werden die Realisierung aufmerksam begleiten. Aber wo bleiben weitergehende strategische Ansätze, die weiteren bezahlbaren Wohnraum schaffen könnten? Sind, wie wir bereits vor Jahren vorschlugen, prozentuale

Kontingente von Sozialwohnungen bei grösseren Bauvorhaben geplant?

Die von der SPD geforderte Zweitwohnungssteuer ist inzwischen verwirklicht und kann zur Verbesserung der Wohn- und Infrastruktursituation beitragen. Unsere Anregung, die Erträge für den Kauf und Bau von Sozialwohnungen zu verwenden, ist scheinbar rechtlich nicht bindend zu formulieren, eine analoge Mittelverwendung jedoch im Gespräch (oder sogar vorgesehen?).

Im Bildungsbereich haben wir die Realisierung der Ganztagschule erfolgreich gefördert. Die Notwendigkeit der Erhöhung des KITA- und KIGA-Angebots ist mit unserer Unterstützung voll in der Realisierungsphase. Deutlich verbessert werden muss die Kostensituation, der Besuch des obligatorischen KIGA-Jahres muss kostenfrei sein. Die Ganztagschule soll in eine verpflichtende Ganztagschule umgewandelt werden, da nur so eine pädagogisch sinnvolle Verteilung der Unterrichtseinheiten entsprechend den Lernphasen der Kinder möglich ist.

Die Sanierung von Altlasten kommt mit dem Totalaushub des Perimeter 1 (Roche-Teil) der Kesslergrube voran, die Situation beim weiteren Teil im Besitz der BASF ist weiterhin Gegenstand juristischer Auseinandersetzungen (siehe unten).

Darüberhinaus tut sich die Gemeinde mit einem Gesamtumweltschutzprogramm offensichtlich noch schwer. Energiesparmassnahmen wie ein E-KFZ ja, Dreifachverglasung nein. Totschlagargumente wie „geplanten Kostenrahmen einhalten“, oder „ein sachgerechter Umgang ist bei einem Kindergarten nicht zu erwarten“, oder schliesslich wenn unsere Berufsumweltschützer die Vorzüge der Zweifachverglasung preisen, dann ist da noch viel Entwicklungspotential.

Die von der SPD geforderte Aufstellung (Fortschreibung?) eines Gesamtentwicklungsplans für die Doppeltgemeinde fand ein positives Echo, in der Realität jedoch scheinen Detailplanungen wie

Verkehrswegepläne, Ortsteilentwicklung, Freizeitangebote etc. getrennt und wenig koordiniert und ohne eine verbindliche Zielvorstellung in Form von GRENZACH-WYHLEN 2030 weiter vorangetrieben zu werden.

Die Schimäre „Lagune, Leben am Rhein“ sollte hier vollständigshalber erwähnt werden.

Ziele eines solchen Gesamtplans :

Ein attraktives, lebendiges Grenzach-Wyhlen, das seinen Bewohnern qualifizierte Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum, eine hohe Wohnqualität innerhalb der Metropolregion Basel bietet.

Als Ortsverein hat die SPD

- sich aktiv im Landtagswahlkampf eingesetzt, leider wenig erfolgreich,
- mit einer Transparenz- und Öffentlichkeitsinitiative sich sichtbarer in die Diskussion lokaler Themen eingebracht,
- mit einem gemeinsamen Opernbesuch Kultur und aktuelle politische Themen erlebbar gemacht (und Spass hat es auch gemacht!)
- zunehmend Anregungen betroffener Bürger und Bürgerinnen Themen aufgenommen,
- sich an einer Neuausrichtung der Landes- und Bundespartei aktiv beteiligt (Aufbruch Initiative), deren Ergebnisse der Partei vermittelt wurden und die in die Programmarbeit eingeflossen sind.

Unsere aktuellen und zukünftigen Schwerpunkte:

Unter dem Schwerpunkt „SOZIALE GERECHTIGKEIT“ werden wir als linke Volkspartei weiter die Lebensqualität und die Teilhabe aller Mitmenschen im Auge behalten.

Dies betrifft konkrete Themen, Probleme, Erhalt des Erreichten, reicht jedoch auch bis zur Programmatik, Gestaltung effektiver Beteiligungsprozesse, also alle Inhalte und Prozesse, die für uns als Grenzach-Wyhlener wichtig sind.

„Ich wohne und lebe gerne hier, ich bin wichtig als Einzelperson, als Familie, als Teil unserer Gemeinschaft“.

Weiter in Arbeit:

- sozialer Wohnungsbau, bezahlbarer Wohnraum
- Optimierung der Infrastruktur, Ausbau der Dienstleistungsbereitschaft
- Gesamtentwicklungsplan der Gemeinde inkl. Die Neuen Mitten
- Optimierung der Schulsituation
- Schaffung und Erhalt qualifizierter Arbeitsplätze in Grenzach-Wyhlen
- Kooperation, insbesondere in konkreten Fragen mit „dem grossen Nachbarn“ wie beispielsweise an der Verkehrskreuzung Grenzach Hörnli
- Zaun entlang der Bahntrasse im Bereich Hörnli
- Aktive Einflussnahme in den regionalen Planungs- und Kooperationsgremien (Hochrheinverbund, Koop chemischer Industrie, Ansiedlungspolitik, etc.)
- Optimierung der Bürgerbeteiligung um Engagement zu fördern, Frustration und Resignation zu verhindern, aber auch Blockaden zu vermeiden.

Unsere Themen für das kommende Jahr:

1. BASF, Kessler Grube, Bebauungsplan und kein Ende: wir versuchen das Problem in Kooperation mit den beteiligten Parteien schrittweise zu lösen um zukunftsorientiert und handlungsfähig zu werden,
2. Bundestagswahl
3. lebenswertes und lebenswertes Grenzach-Wyhlen verbessern
4. Arbeitsplätze am Hochrhein nach Grenzach-Wyhlen bringen, Neuansiedlung, Start-Ups, Gründerzentrum
5. Bürgerbeteiligung optimieren: Bürgerengagement endet häufig in Frustration, Enttäuschung und Rückzug aus Gemeinschaftsverantwortung; gibt es Wege der Optimierung, Beteiligung zu einem gemeinsamen Prozess zu formen? Hierfür sollten neue Wege geprüft und erprobt werden (wie z.B. ausgelostes Bürgerpanel erarbeitet Lösungsvorschläge).
6. Bürgerbeschwerden aufnehmen, Weiter vermitteln, Lösungen finden
7. Wir in Europa, im trinationalen Raum: wie können wir unser gemeinsames Umfeld zu unserer aller Wohl verbessern durch Kennenlernen, gemeinsame Ziel definieren und verfolgen
8. Verbesserung der Lebensqualität: Luftqualität, Lärmschutz, Begrünung, weitere Optimierung der Verkehrssituation (Wander- und Spazierwege, Fahrradwege, Info-tafeln, Wendeschleife auf der Grenzacher Straße in der Schweiz, etc.) Kulturveranstaltungen unterstützen

BASF, Kessler Grube, Bebauungsplan und kein Ende

1. Der neue Bebauungsplan, der die Ansiedlung der Recyclingfirma Zimmermann verhinderte scheint offensichtlich teilweise fehlerhaft zu sein. So sollen beispielsweise Nutzungsgrenzen zwischen Gewerbegebiet und Industrielle Nutzung ein vorhandenes Gebäude durchschneiden. Die BASF hat zur Wahrung von Fristen dagegen Rechtsmittel eingelegt.
2. Die BASF hat für die Kessler Grube in ihrem Besitz im März 2017 einen Sanierungsplan eingereicht, der nach Meinung der Bewilligungsbehörden den derzeitigen gesetzlichen Erfordernissen in vollem Umfang entspricht.
3. Die Gemeinde Grenzach-Wyhlen hat dagegen wiederholt Schritte eingeleitet, die einen Totalaushub zum Ziele haben (analog Roche Perimeter).
4. Auf dem strittigen Gelände der „BASF Kessler Grube“ wurde vor Jahren eine Kläranlage errichtet, die von der BASF und der Gemeinde gemeinsam genutzt wird.

5. Weitere Einflussfaktoren

- a. Die Gemeinde Grenzach-Wyhlen hat kaum (keine?) industrielle und gewerbliche Entwicklungsflächen
- b. Die BASF und andere umliegende Firmen verfügen über erhebliche nutzbare Flächen für Gewerbe und industrielle Nutzung
- c. Bei einer Realisierung des seit Jahren propagierten Rheinzugangs für die Gemeinde sind die fraglichen Flächen weitgehend im Besitz dieser Firmen
- d. Unklare rechtliche Situationen, wie sie zur Zeit mit der BASF bestehen, verhindern den Ausbau bestehender Anlage wie Modernisierung, Ansiedlung neuer Produktions- und Entwicklungsbereiche
- e. So lange die Rechtsstreitigkeiten andauern wird keine Sanierung und Sicherung statt finden. Darüberhinaus verhindert eine sich verhärtende Struktur von Bürgerinitiativen die Suche nach realistischen Möglichkeiten.

Verkrustungsindikatoren:

- BI wird Verein und damit nicht mehr sachbezogen und befristet,
- Gegenstand des Beschwernisses wird ausgeweitet und unbestimmter – „uns gehen die Themen nicht aus“ -, Führungsstrukturen fordern Beteiligung und Stimme wie anerkannte Interessensverbände und Parteien,
- Verantwortung für die Konsequenzen des Handelns wird nicht übernommen, etc.

6. Mögliche Ergebnisse der derzeitigen Situation
(Zukunftsvisionen):

- a. **NICHTS** bewegt sich: Gift bleibt drin, keine BASF Investitionen, keine Flächennutzung, keine neuen Arbeitsplätze, kein Rheinzugang, Kläranlage arbeitet weiter.
- b. **Die Gemeinde gewinnt und die Firma BASF muss analog zur Firma ROCHE den Totalaushub durchführen:** die Gemeinde hat keine Kläranlage mehr, also für ca. 20 Millionen Euro muss eine neue Anlage errichtet werden, aber wo?, woher das Geld?, wie werden die Abwässer der Firma BASF gereinigt?, wer bezahlt deren Kosten?, was passiert in der Zwischenzeit?
- c. **BASF gewinnt, es wird eingespundet:** die unvollständige Sanierung hat sich um Jahre verzögert, gibt es zwischenzeitliche Kontaminierungen? Mögliche Maßnahmen zur Sicherung des Standortes sind nicht erfolgt, die Nutzung der Freiflächen ist nicht erfolgt, die Kooperation zwischen Gemeinde und BASF ist sicher nicht besser geworden, Wahrscheinlichkeit von Fundamentalopposition enttäuschter Bürger wächst mit Konfliktdauer, etc.
- d. **BASF verkauft das Gelände:** neuer Besitzer wird nur Minimalsicherungen durchführen, Gefahr von eingeschränkter Garantie, entlang den gesetzlichen Mindestanforderungen, Verlust von Arbeitsplätzen, erweiterter Planungs- und gestaltungsraum für die Gemeinde, Wegfall von Steuereinnahmen